

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Aufklärungskampagne zum Wohngeldanspruch durchzuführen. Hierbei soll in leicht verständlicher Sprache über die Leistungen sowie die Anspruchsvoraussetzungen informiert werden. Ein Schwerpunkt ist in Stadtteilen mit niedrigerer Einkommensstruktur zu setzen.
2. Die Stadtverwaltung setzt sich gegenüber der Landesregierung Sachsen-Anhalt dafür ein, dass diese die Priorisierung des OZG-Projektes Wohngeld von niedrig auf hoch ändert und eine zeitnahe Umsetzung forciert.